

Budgets sind in Zahlen gegossene Ideologie

Eine profunde Analyse der aktuellen Budgetdebatte bedarf eines Blickes auf Argumente und Zusammenhänge jenseits der mediengerechten Schlagwort-Politlyrik. Im stenographischen Stil verfasste Leitartikelweisheiten mögen vielleicht als Hausverstandstütze für mittelmäßige Journalist/innen dienen, bringen uns jedoch in unserem Erkenntnisprozess wenig weiter. Dieser Text bemüht sich im Bereich Budgetpolitik ein paar Zusammenhänge darzustellen, die in der öffentlichen Debatte regelmäßig untergehen, dazu werden exemplarisch drei gängige Binsenweisheiten angeführt die logisch klingen, aber auf den zweiten Blich nur die halbe Wahrheit sind:

1. „Schulden sind eine Verschwendung auf Kosten kommender Generationen“

„Schulden sind der größte Feind der Arbeitsplätze, der sozialen Sicherheit, der Jugend und auch der Pensionisten. (...) Wir haben 30 Jahre gut gelebt, aber zu Lasten unserer Kinder“
(Günther Stummvoll, Budgetsprecher der ÖVP, Pressemeldung vom 27. März 2001)

➤ **Schulden sind für kommende Generationen keine Belastung**

Der deutsche Ökonom Peter Bofinger bringt in seinem Buch „Wir sind besser als wir glauben. Wohlstand für alle“ die Schuldenproblematik mit einer simplen Graphik eindrucksvoll auf den Punkt:

Aktiva	Passiva
Sachvermögen (Unternehmen, Infrastruktur, Immobilien etc.)	
Humankapital	
Forderungen (Kredite Staatsanleihen)	Verbindlichkeiten (Kredite Staatsanleihen)

In dieser einfachen Bilanz sehen wir links das Vermögen (Aktiva) einer Volkswirtschaft und rechts ihre Schulden (Passiva). Wir sehen dass eine Volkswirtschaft über Sachvermögen und Humankapital verfügt, sowie über Forderungen, die jedoch gleichzeitig die Schulden auf der anderen Seite der Bilanz darstellen. Drei wesentliche Aspekte werden sind dabei zu beachten:

1. Die Republik Österreich ist nur ein Teil der Volkswirtschaft. Die Schulden die der Staat macht sind gleichzeitig die Forderungen jener AkteurInnen, die dem Staat Geld geborgt haben.

2. Der Staat verschuldet sich kaum im Ausland, sondern in allererster Linie bei den eigenen StaatsbürgerInnen indem er Staatsanleihen zu einem fix vereinbarten Zinssatz verkauft.
3. Die Schulden die der Staat heute macht müssen zwar die kommenden Generationen zurückzahlen, diese Generationen erhalten aber auch die Zinsen.

Volkswirtschaftliche gesprochen haben wir die Schulden bei uns selbst. Kommende Generationen werden nicht belastet, sondern die Verteilung innerhalb der kommenden Generationen verschlechtert sich. Alle SteuerzahlerInnen müssen nämlich jene Zinsen zahlen, welche die Gläubiger des Staates (z.B. Banken, Privatpersonen) für die Anleihen erhalten. Das ist unerfreulich, steht aber in keiner Relation zu der allgemeinen Hysterie rund um das Thema Staatsverschuldung.

➤ **Schulden sind kreditfinanzierte Investitionen**

Das vom Beirat für wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen herausgegebene Buch „Mythen der Ökonomie“ betont den Nutzen von Krediten für zukünftige Generationen. „Wenn mit Krediten öffentliche Investitionen finanziert werden, die künftigen Generationen zu Gute kommen, (Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Verkehrsnetze etc.), dann erben sie also nicht nur die Schulden, sondern auch den Nutzen aus den betreffenden Ausgaben.“ Übrigens nehmen vor allem Unternehmen Kredite auf um zukünftige Investitionen zu finanzieren. Peter Bofinger stellt für das Jahr 2002 einen interessanten Vergleich an, indem er die Gesamtschulden aller deutschen Unternehmen (ca. 3100 Mrd. Euro) mit den Staatsschulden (ca. 1200 Mrd. Euro) vergleicht. Die Verschuldung der deutschen Unternehmen ist also dreimal so hoch wie jene des Staates.

2. „Nur durch massive Einsparungen kann der Schuldenberg abgebaut werden“

➤ **Sanieren heißt in erster Linie wachsen und in zweiter Linie sparen**

Nehmen wir an, ein Staat erwirtschaftet ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 100 Euro, gleichzeitig hat er Schulden von 60 Euro. Die Verschuldungsquote beträgt folglich 60%

Gehen wir weiters von einer Neuverschuldung von 1,3 % (gemessen am BIP) aus. Nehmen wir gleichzeitig an die alten Schulden (60%) verzinsen sich real mit 1,2%. Der Schuldenstand wächst also erst einmal durch die Neuverschuldung um 1,3 Euro auf 61,3 und durch die Verzinsung um rund 0,7 Euro ($60/100 \cdot 1,2$) auf insgesamt rund 62 Euro. Eine neuerliche Berechnung der Verschuldungsquote würde nun 62% ergeben. Diese Rechnung stimmt allerdings nur, wenn wir ein Wirtschaftswachstum von Null annehmen.

- **Verschuldungsquote A: 62% (plus 2 Prozentpunkte)**

Gehen wir jedoch davon aus, dass das BIP im gleichen Jahr von 100 um 3,8% auf 103,8 Euro wächst, ergibt sich eine andere Situation. Eine neuerliche Berechnung des gesamten Schuldenstandes ($62,02/203,8 \cdot 100$) ergibt eine Verschuldungsquote von 59,7 Euro.

- **Verschuldungsquote B: 59,7% (minus 0,3 Prozentpunkte)**

Nehmen wir ein geringes Wachstum von 1,5% an, wird unsere Bilanz defizitär. Aber wiederum nicht so defizitär wie beim Nullwachstum. Es ergibt sich eine neue Verschuldungsquote von 61,1%.

- **Verschuldungsquote C: 61,1% (plus 1,1 Prozentpunkte)**

Im ersten Beispiel wurden absichtlich ein relativ hohes Wirtschaftswachstum und eine relativ geringe Neuverschuldung angenommen. Ziel der Darstellung war zu zeigen, dass das Wirtschaftswachstum punkto Haushaltsbilanz sowohl der Neuverschuldung, als auch der Verzinsung entgegenwirkt bzw. diese sogar überkompensieren kann.

Conclusio: Die budgetpolitisch relevante Frage ist nicht alleine wie viele Schulden der Staat macht, sondern auch wie hoch das Zinsniveau ist und vor allem wie stark die Wirtschaft wächst. Ein hohes Wachstum vermindert die Schuldenproblematik massiv. Der Ökonom Peter Bofinger spricht in diesem Zusammenhang davon, „aus einer Krise hinauszuwachsen.“

➤ **Sparen – Sparen – Sparen – Sparparadoxon**

Als Sparparadoxon bezeichnet man den Umstand, dass Sparen in Volkswirtschaften andere Auswirkungen hat als in privaten Haushalten. Wenn ein privater Haushalt oder ein Unternehmen spart, fällt dies volkswirtschaftlich nicht ins Gewicht. Wenn jedoch ein Akteur in der Dimension des Staates spart, hat das massive Auswirkungen. Übertreibt es der Staat mit dem Sparen oder spart er zum falschen Zeitpunkt (etwa in Wirtschaftskrisen), dann kann Sparen zu höheren Schulden führen. Wie wir zuvor berechnet haben, ist das Wachstum für die Finanzsituation einer Volkswirtschaft von größter Relevanz. Verringert sich das Wachstum im Zuge übertriebener Sparwut oder schrumpft gar die volkswirtschaftliche Leistung (negatives Wachstum – Rezession), dann können die Defizite trotz Sparens größer sein als zuvor. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen einer solchen Politik können – wie das Beispiel Zwischenkriegszeit beweist – fatal sein.

3. „Nulldefizit“ - Budgetpolitik unter Schwarz-Blau-Orange

„Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für <<Zukunft ohne Schulden>>“ (Wolfgang Schüssel am 28. November 2000 vor dem Nationalrat)

➤ **Die Durchsetzung der Nulldefizitpolitik zu Beginn der Nullerjahre war fahrlässig**

Im Jahr 2000 war die neue Bundesregierung bemüht ihr Lieblingsdogma zu vermitteln, das Nulldefizit. „Ein guter Tag beginnt mit einem ausgeglichen Budget“ hieß es in der Budgetrede Karl Heinz Grassers am 18. Oktober 2001. Die Devise: Nur durch massive Einsparungen könne der öffentliche Schuldenberg abgebaut werden. Sogar die SPÖ-Führung ließ sich von der Nulldefizit-Hysterie beeindruckt, im Frühjahr 2002 kokettierte Alfred Gusenbauer mit dem Gedanken das Nulldefizit in der Verfassung zu verankern.

Ein Blick auf die volkswirtschaftlichen Kennzahlen macht jedoch klar, dass die Bundesregierung ihr Budgetziel während einer sich anbahnenden internationalen Wirtschaftskrise verfolgt hat, was unter diesen Umständen als schwer fahrlässig eingestuft werden kann. Vergleicht man das Wirtschaftswachstum und die Neuverschuldung zwischen

2000 und 2005 wird deutlich, dass in den wirtschaftlich extrem schwachen Jahren 2001 – 2003 von Seiten der Bundesregierung eine sehr restriktive Budgetpolitik durchgesetzt wurde.

Jahr	BIP-Wachstum	Neuverschuldung	Arbeitslosigkeit
2000	3,4 %	1,4 %	5,8 %
2001	0,8 %	0,7 %	6,1 %
2002	0,9 %	1,1 %	6,9 %
2003	1,1 %	1,5 %	7,0 %
2004	2,4 %	2,0 %	7,1 %
2005	2,0	1,9	7,3

http://www.statistik.at/statistische_uebersichten/deutsch/pdf/indikato.pdf

http://www.statistik.at/statistische_uebersichten/deutsch/pdf/k03t_1.pdf

Das 1 mal 1 der volkswirtschaftlichen Budgetplanung beruht auf dem berühmten „deficit spending“, das auch als antizyklische Finanzpolitik bezeichnet wird, und in etwa folgendes besagt: In Perioden schwacher Konjunktur soll der Staat mittels einer großzügigen Budgetpolitik (also auf Pump) verstärkt für Nachfrage sorgen. Das Ziel besteht darin den Wirtschaftsmotor wieder in Gang zu bekommen. In Zeiten ökonomischer Prosperität sollen die Staatsschulden wieder getilgt werden. Auch die neue Regierung Gusenbauer bekennt sich in ihrem Regierungsprogramm zu einem „über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalt.“

Die Regierung Schüssel hielt von dieser einleuchtenden Logik wenig. Es wurden keine Maßnahmen getroffen um den Wirtschaftsmotor anzuwerfen, im Gegenteil, der Sparkurs wurde verschärft. Als Folge dieser prozyklischen Verschärfung der Situation können wir von 2000 bis 2005 durchgehend einen Anstieg der Arbeitslosigkeit beobachten. Diese erreicht im Jahre 2005 das Rekordniveau von 7,3% (siehe Tabelle).

Für den Einbruch der weltwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2001 war die schwarz-blaue Bundesregierung nicht verantwortlich. Für das Versäumnis antizyklische Maßnahmen zu ergreifen jedoch sehr wohl. Wie im zweiten Abschnitt vorgerechnet, kann über (kreditfinanziertes) Wachstum mehr Verschuldung abgebaut werden denn über Sparen. Albrecht Müller, deutscher Ökonom und langjähriger Berater von Willy Brandt und Helmuth Schmidt bringt die Thematik in seinem Buch „Die Reformlüge“ folgendermaßen auf den Punkt: „Volkswirtschaftlich betrachtet kann es nämlich sinnvoll sein, Schulden zu machen, um am Ende weniger Schulden zu haben.“

➤ **Budget ist Ideologie**

In letzter Konsequenz sind es primär ideologische Entscheidungen und politische Ziele die mittels Budgetpolitik verfolgt werden. Ob das Hauptziel das Nulldefizit, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder die Eindämmung der Inflation ist, hängt vom politischen Standpunkt des/der Betrachter/in ab. Von wirtschaftsliberaler Seite wird jedoch konsequent versucht der Diskussion auszuweichen indem eine Sachzwangrealität konstruiert wird, aus der sich Entscheidungen naturgesetzlich ableiten. Tatsächlich sind aber die Gesellschaft im Allgemeinen und die Volkswirtschaft im Speziellen soziale Systeme die von Menschen politisch gestaltet werden können. Vor allem im Zuge von Debatten über die Budgetpolitik, wird dieser Umstand oft bei Seite gedrängt.